

## Für einen Brexit, der Arbeitsplätze, Rechte und ein soziales Europa für alle schützt

Die Industriegewerkschaften plädieren für die Fortsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich

verabschiedet vom 11. industriAll Europe-Exekutivausschuss  
London, 7. Juni 2017 | industriAll 81/2017

Das britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft im Juni 2016, das mit einer knappen Mehrheit für den Austritt endete, hat Schockwellen in Europa und darüber hinaus ausgelöst. Die dadurch hervorgerufene politische Krise könnte sich ohne umsichtige Gegenmaßnahmen in den nächsten Jahren schnell zu einer echten Wirtschafts- und Sozialkrise auswachsen. IndustriAll Europe ist klar der Meinung, dass der Brexit nicht nur eine Bedrohung für die ArbeitnehmerInnen in Großbritannien darstellt, sondern auch für die ArbeitnehmerInnen in ganz Europa und die Zukunft der EU an sich.

Der Brexit kann auch als Beweis für den beunruhigenden Schwenk von neoliberalerem rechtem Konservatismus zu populistischem Nationalismus gesehen werden, der in ganz Europa, aber auch darüber hinaus zu beobachten ist. Die Wahl von Donald Trump in den USA ist ein weiteres Beispiel hierfür. Es ist wichtiger denn je, dass wir als die Stimme der Industriebeschäftigten für die Grundwerte kämpfen, für die wir stehen: Gleichheit und Solidarität. Die Position von industriAll Europe in Bezug auf den Brexit fußt auf diesen Werten. IndustriAll Europe und ihre Mitgliedsorganisationen werden sich während des gesamten Brexit-Verfahrens dafür einsetzen, dass die Interessen der arbeitenden Menschen ganz oben auf der Agenda stehen.

IndustriAll Europe ist der festen Überzeugung, dass die Fortführung des zoll- und barrierefreien Handels zwischen dem EU-Binnenmarkt und dem Vereinigten Königreich die beste Lösung ist. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Großbritannien nur Zugang zum Binnenmarkt erhält, wenn es die damit einhergehenden Rechte, Pflichten und Freiheiten achtet. Egal wie die britische Bevölkerung im Einzelnen abgestimmt hat, niemand hat letztlich dafür gestimmt, den Arbeitsplatz, Arbeitnehmerrechte oder sozialen Schutz zu verlieren. Dies ist eine äußerst kritische Zeit für Europa, und die Stimme der ArbeitnehmerInnen muss Gehör finden.

## Die Verbindungen zwischen der EU und Großbritannien müssen trotz Brexit eng bleiben

Auch wenn das Vereinigte Königreich die EU wahrscheinlich verlässt, herrscht unter der europäischen Gewerkschaftsbewegung uneingeschränkte Solidarität, und diese umfasst auch die

britischen ArbeitnehmerInnen. Die Beschäftigten auf beiden Seiten des Ärmelkanals teilen gleiche Sorgen bezüglich der Zukunft und gemeinsame Prinzipien. In diesem Sinne legen alle Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe dieses Dokument gemeinsam vor. Das Dokument legt die zentralen Forderungen der Gewerkschaften dar, die erfüllt werden müssen, um Schaden für die europäische und die britische Wirtschaft zu vermeiden. Am Wichtigsten ist hierbei der Schutz von Arbeitsplätzen während der bevorstehenden Loslösungsphase.

Die künftige Form der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien hat wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft in Europa. Es wurden verschiedene Modelle vorgeschlagen, um die britische EU-Vollmitgliedschaft zu ersetzen: Zugang zum Binnenmarkt durch EWR-Mitgliedschaft nach dem Vorbild der Schweiz und Norwegens, eine Zollunion wie sie derzeit mit der Türkei besteht oder auch ein „harter Brexit“ nach WTO-Regeln. Alternativ könnten die Brexit-Verhandlungen mit dem Abschluss eines neuen bilateralen Handelsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, vergleichbar mit dem CETA-Abkommen mit Kanada, enden. Die Verhandlung neuer Handelsabkommen zwischen der EU und Drittländern ist jedoch ein komplexer und zeitaufwendiger Prozess, bei dem die Interessen der ArbeitnehmerInnen selten zu den Topprioritäten der Verhandlungsführer zählen (die Verhandlungen über CETA dauerten 7 Jahre). Sollte dies der Fall sein, wird **industriAll Europe starke „Antidumping“-Schutzmaßnahmen und konkrete Schritte gegen jede Abschwächung der Arbeitnehmerrechte, Umweltschutzvorschriften oder Standards auf beiden Seiten fordern.**

Die aktuelle von Theresa May in ihrer Rede im Lancaster House vertretene Verhandlungsposition der britischen Regierung hat, unnötigerweise, eine Reihe von Kompromissvorschlägen ausgeschlossen. IndustriAll Europe fordert alle an den Brexit-Verhandlungen beteiligten Akteure auf, von Extrempositionen abzusehen und stattdessen eine umsichtige Haltung einzunehmen. Das Worst-Case-Szenario wäre der Abbruch dieser Verhandlungen oder der Abschluss ohne konkretes Ergebnis, was zum sogenannten „harten Brexit“ mit negativen und unvorhersehbaren Folgen für die europäische Industrie und ihre ArbeitnehmerInnen führen würde.

## Nein zum Brexit als Rechtfertigung für weitere Deregulierung

**IndustriAll Europe wird nicht zulassen, dass europäische Politiker Ideologie dem Schutz der Interessen der ArbeitnehmerInnen vorziehen und dafür eintreten, höchste Regulierungsstandards in Europa durchzusetzen, insbesondere in Bezug auf Arbeitnehmerrechte sowie Verbraucher- und Umweltschutz.** Der Zeitrahmen für die Brexit-Verhandlungen ist unglaublich kurz. Nach der Auslösung von Artikel 50 sind nur zwei Jahre vorgesehen, um alle entsprechenden Verhandlungen abzuschließen. Nach dem Austritt werden die Vertragsbestimmungen über die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen, Dienstleistungen, Kapital und Waren in Großbritannien nicht länger gelten. Dieses ist dann nicht länger Teil eines supranationalen Rechtssystems, das sich vor allem durch direkte Anwendbarkeit und Vorrang gegenüber einzelstaatlichem Recht auszeichnet. Dem Europäische Gerichtshof (EuGH) wird dann die Zuständigkeit entzogen, europäisches Recht in Großbritannien durchzusetzen. Andererseits ist

das Vereinigte Königreich dann auch nicht mehr in Brüssel vertreten und somit der Möglichkeit beraubt, Entscheidungsprozesse im eigenen Interesse zu beeinflussen.

Wenn während des Verhandlungsprozesses kein Kompromiss gefunden werden kann, stehen den ArbeitnehmerInnen in der EU und in GB eine Reihe wesentlicher Änderungen bevor. Allen voran wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Großbritannien nicht mehr gelten, was Rechtsunsicherheit für Millionen von Europäerinnen und Europäer verursacht. Zum aktuellen Zeitpunkt leben 3,3 Mio. EU-Staatsangehörige im Vereinigten Königreich, 2,1 Mio. von ihnen arbeiten dort auch. Rund 1,2 Mio. britische Staatsangehörige leben in der EU. **industriAll Europe ruft daher alle Parteien auf, davon abzusehen, diese ArbeitnehmerInnen in den Verhandlungen als Faustpfand einzusetzen, und den EU-Staatsangehörigen sofort uneingeschränktes Bleiberecht im Vereinigten Königreich sowie britischen Staatsangehörigen ebensolches in der EU zu gewähren.**

Ein wesentlicher Teil des britischen Arbeitsrechts ist aus EU-Richtlinien abgeleitet, die Bereiche wie Sicherheit und Gesundheitsschutz, Teilzeitbeschäftigung, Antidiskriminierungsrechte, Gleichheit des Arbeitsentgelts, Mutterschafts-/Vaterschaftsrechte, Elternurlaub, Europäische Betriebsräte (Verordnungen über länderübergreifende Unterrichtung und Anhörung der Belegschaft, TICE) und Massenentlassungen abdecken. Die kurzfristig größte Gefahr für die ArbeitnehmerInnen geht jedoch von Änderungen oder gar der Abschaffung der Arbeitszeitrichtlinie, der Richtlinie über LeiharbeiterInnen und der Richtlinie über erworbene Rechte (TUPE) aus, weil dies die Arbeitskosten senken würde. IndustriAll Europe fordert, dass mühsam erkämpfte Beschäftigungsschutzregelungen erhalten bleiben müssen. **Wir werden eine Situation, in der Unterschiede bei den Arbeitnehmer- und sozialen Rechten der Schaffung ungleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa Vorschub leisten, nicht akzeptieren.**

Der britische Schatzkanzler Philip Hammond erklärte am 15. Januar 2017 gegenüber der Presse, dass Großbritannien gezwungen wäre, sein „Wirtschaftsmodell zu ändern“, wenn nicht sowohl Binnenmarktzugang als auch Einwanderungskontrolle erreicht werden können, um von den Kosten her wettbewerbsfähig zu bleiben. Das bedeutet, dass Großbritannien die EU in Bezug auf das Steuerwesen sowie Sozial- und Umweltrechte unterbieten könnte.

Ein jüngstes Beispiel hierfür: Die britische Regierung hat Nissan die Zusicherung gegeben, dass die Handelskosten des Unternehmens infolge des Brexits nicht steigen würden. Es ist jedoch noch nicht klar, was diese Zusicherungen umfassen könnten: Investitionszuschüsse (keine unterschiedliche Behandlung von Unternehmen und Sektoren möglich), Deregulierung der Arbeitsmärkte, steuerfreie Handelszonen, Exportzuschüsse (von der WTO verboten), Senkung der Körperschaftssteuer (durch Kürzungen im Sozialversicherungssystem gegenfinanziert) oder Lockerung der Geldpolitik, um das Pfund künstlich niedrig zu halten. All das sind Möglichkeiten mit schwerwiegenden negativen Konsequenzen für den durchschnittlichen Arbeitnehmer in Großbritannien, aber auch in der Europäischen Union, da dies eine direkte Staatsbeihilfe und unlauteren Wettbewerb darstellen würde.

IndustriAll Europe verurteilt die Drohung der britischen Regierung, das Vereinigte Königreich in eine Offshore-Wirtschaft mit geringen Löhnen, Steuern und Rechten zu verwandeln, wenn am Ende der Brexit-Verhandlungen kein zufriedenstellendes Ergebnis zustande kommt. Dies würde den britischen ArbeitnehmerInnen unmittelbar und direkt schaden und indirekt auch den ArbeitnehmerInnen in der EU. Die britische Drohung, das Land im Falle eines „harten Brexits“ in ein Steuerparadies zu verwandeln, ist nicht nur eine Bedrohung für das sozioökonomische Modell in Großbritannien, sondern könnte auch schwerwiegende Auswirkungen in der gesamten EU nach sich ziehen. Die erklärte Absicht Großbritanniens, den Binnenmarkt zu verlassen, könnte eine Abwärtsspirale anstoßen, um Auslandsinvestitionen anzuziehen. Im Zuge dessen würden Steuern, Regulierungen und Arbeitnehmerrechte abgebaut werden, die nur mehr als finanzielle Belastung für die Unternehmen gesehen werden. Dadurch wiederum könnte die EU unter Druck geraten, was einen Teufelskreis anstößt, bei dem alle ArbeitnehmerInnen verlieren.

**IndustriAll Europe wird sich dieser Vision eines Großbritanniens als das Panama Europas widersetzen und weiter für ein stärkeres soziales Europa in der EU kämpfen.** Es ergibt für niemanden in Europa Sinn, ein großes Land mit einer beträchtlichen Einwohnerzahl in eine deregulierte Steueroase zu verwandeln.

Eine Verhandlungslösung nach dem Brexit muss auf dem bestmöglichen Kompromiss für alle europäischen BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen basieren. Rein rechtlich steht einer Verlängerung der bestehenden Rechte in Großbritannien, so der Gesetzgeber dies wünscht, nichts im Wege.<sup>1</sup> Diese Rechte müssten dann nach dem Brexit von den nationalen Gerichten durchgesetzt werden. Es obliegt dem britischen Parlament, darüber zu entscheiden und die Modalitäten festzulegen. **IndustriAll Europe unterstützt den Fortbestand und die Stärkung der britischen Sozial- und Umweltrechte auf Grundlage dauerhafter Konvergenz mit EU-Vorschriften, selbst nach dem Brexit.**

## Kein Abbau von sozialem Dialog und Demokratie am Arbeitsplatz

IndustriAll Europe hat sich immer für ein Modell der Unternehmensführung starkgemacht, das den ArbeitnehmerInnen mehr Mitspracherecht bezüglich der Unternehmensstrategie einräumt. **Das Recht der ArbeitnehmerInnen auf Unterrichtung und Anhörung zu geplanten Unternehmensentscheidungen und ihren möglichen sozialen Auswirkungen ist ein Grundrecht. IndustriAll Europe würde jeden Versuch verurteilen, dieses Recht infrage zu stellen oder es in den Gesprächen über den Brexit als Faustpfand einzusetzen.** Nicht nur sollten die aus EU-Recht abgeleiteten Rechte beibehalten und geschützt werden (z. B. die Bestimmungen zur Unterrichtung und Anhörung von ArbeitnehmerInnen bzw. TUPE), Großbritannien muss auch mit den höchsten Regulierungsstandards Schritt halten. Multinationale Unternehmen agieren bereits heute über Landesgrenzen weg und nutzen die Vorteile eines uneinheitlichen Steuer- und Sozial-Acquis der EU. Zusätzliche Diskrepanzen zwischen Großbritannien und dem Rest Europas würden nur den

---

<sup>1</sup> EU-Vorschriften mit unmittelbarer Wirkung müssten zum ersten Mal umgesetzt werden.

scharfen Regulierungswettbewerb zwischen den Ländern befeuern, wovon letztlich multinationale Unternehmen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in ganz Europa profitieren.

IndustriAll Europe wird nicht zulassen, dass multinationale Unternehmen den Brexit als einen Vorwand nutzen, um eine Beschäftigungspolitik zu verfolgen, die darauf abzielt, ArbeitnehmerInnen und Standorte gegeneinander auszuspielen. Länderübergreifende Solidarität in Form einer koordinierten europäischen Gewerkschaftsstrategie ist auch in Zukunft unsere Antwort auf den durch solche Geschäftspraktiken ausgeübten Druck. Es ist daher von größter Bedeutung, den koordinierten Gewerkschaftsansatz fortzuführen, den wir über die letzten Jahre dank der Arbeitnehmervertretung in europäischen Betriebsräten (EBR) wie auch in Betriebsräten sowie in Gremien der Europäischen Gesellschaften (SE-Betriebsrat und SE-Leitungsgremium) in vielen multinationalen Unternehmen aufgebaut haben. **IndustriAll Europe hat bereits damit begonnen, an alle EBR und SE, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, heranzutreten, um sicherzustellen, dass die Beteiligung und die Rechte der britischen VertreterInnen gewährleistet werden.** Darüber hinaus werden wir es nicht zulassen, dass skrupellose Arbeitgeber den Brexit dazu nutzen, eine Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen in Gang zu setzen. Wenn multinationale Unternehmen im Post-Brexit-Großbritannien eine neue rechtliche Grundlage für ihre EBR suchen müssen, wird **industriAll Europe sich dafür einsetzen, dass die Wahl des neuen anwendbaren nationalen Rechts auf objektiven Kriterien beruht und nicht bloß auf dem Wunsch einer Verlagerung in ein Land mit niedrigen Standards.**

Sozialer Dialog, Einbeziehung und Beteiligung der ArbeitnehmerInnen, Verhandlungen und solide Arbeitnehmervertretungsstrukturen sind für eine ordnungsgemäße Antizipation und sozial verantwortliche Bewältigung des Wandels, die allen zugutekommt, von zentraler Bedeutung. Sollten im verarbeitenden Gewerbe aufgrund möglicher Strategiewechsel multinationaler Unternehmen infolge des Brexits Umstrukturierungen anstehen, so wird **industriAll Europe es nicht hinnehmen, dass Rechte auf länderübergreifende Unterrichtung und Anhörung verwässert werden.**

IndustriAll Europe vertritt die Interessen aller europäischen ArbeitnehmerInnen in vielen Ausschüssen für den sektoralen sozialen Dialog mit den europäischen Arbeitgeberverbänden: Metallindustrie, Stahlindustrie, Papierindustrie, Schiffbau, Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, Gerberei und Leder, Elektrizitätswirtschaft, Gaswirtschaft, rohstofffördernde sowie chemische Industrie. **IndustriAll Europe wird die Kommission auffordern, sicherzustellen, dass die Interessen der britischen ArbeitnehmerInnen auch weiterhin in diesen Gremien vertreten werden und sie in den europaweiten sozialen Dialog eingebunden bleiben.**

## Durch den Binnenmarkt für die europäischen industriellen Lieferketten gebrachte Vorteile müssen auch nach dem Brexit gewahrt werden

Wie schon im industriAll Europe-Manifest aus dem Jahr 2004 erklärt, sind die europäische Industriebeschäftigten weiter überzeugt, dass „Industrie eine Zukunft in Europa hat und dass Industriepolitik ein Eckpfeiler von Wirtschaftspolitik ist“.

Der Brexit stellt diesbezüglich ein echtes Risiko dar. Es wurde viel darüber geschrieben, wie sich der Austritt aus der EU und der Ausschluss aus dem Binnenmarkt wirtschaftlich auf Großbritannien auswirken könnten. Diese Risiken betreffen jedoch ganz Europa. Integrierte Lieferketten und innergemeinschaftlicher Handel im Binnenmarkt sind Hauptmerkmale der europäischen Fertigungsindustrie.

Der freie Warenverkehr innerhalb der EU wird durch Mechanismen sichergestellt, wie zum Beispiel die gegenseitige Anerkennung, „grundlegende Anforderungen“ an Produkte und „harmonisierte europäische Normen“, die im Auftrag der Europäischen Kommission von den europäischen Normungsorganisationen (CEN/Cenelec, ETSI) ausgearbeitet werden, um die Konformitätsvermutung zu begründen. In einigen Sektoren für Waren mit höherem Risiko (wie Chemikalien) gibt es detailliertere Regulierungsstandards (einschließlich Zulassung und Prüfung). Ein Austritt aus der EU bedeutet auch ein Ausscheiden aus diesem gemeinsamen regulatorischen Rahmen, der auf vielerlei Weise der Treiber für die industrielle Entwicklung in ganz Europa war. Es bedeutet auch ein Ausscheiden aus der Zollunion, was mit höheren Verwaltungskosten verbunden ist, z. B. durch die Anwendung der Ursprungsregeln, Mehrwertsteuer, physische Zollkontrollen und Konformitätsbewertungen.

Das Vereinigte Königreich wird auch nicht mehr Teil zahlreicher EU-Freihandelsabkommen sein. Sollte kein neues Abkommen mit der EU zustande kommen, so würde für britische Exporte in die EU der standardmäßige Meistbegünstigungszollsatz (MFN) der EU anfallen, dies im Vergleich zur aktuellen Zollfreiheit. Den MFN-Regeln der WTO zufolge beträgt der durchschnittliche Zollsatz rund 3 %, während für Kfz (10 %) und verarbeitete Lebensmittel wesentlich höhere Zollsätze gelten, was zehntausende Arbeitsplätze gefährden könnte.

Der Brexit hat außerdem das Potenzial, den EU-GB-Lieferketten erheblichen Schaden zuzufügen. Die britische Wirtschaft wurde in den letzten Jahrzehnten in zahlreichen Sektoren (insbesondere Automobil, Luft- und Raumfahrt, Elektrogeräte, Chemie und Pharmazie) fester Bestandteil europäischer und globaler Produktionsketten. Fast die Hälfte der britischen Im- und Exporte von Zwischenprodukten betreffen andere EU-Länder. Teile und Komponenten (wie die Flügel von Airbus-Flugzeugen) gehen oft mehrmals über Landesgrenzen hin und zurück. Diese Sektoren sind für die EU sehr wichtig, für das Vereinigte Königreich jedoch absolut zentral, denn sie machen fast die Hälfte der Industrieproduktion des Landes aus. Der Aufbau von Hürden für diese Lieferketten würde die Produktionskosten erhöhen, und es besteht das reale Risiko von Unterbrechungen in

diesen hochkomplexen Lieferketten, was wiederum die Arbeitsplätze europäischer IndustriearbeitnehmerInnen gefährden könnte.

Darüber hinaus war das Vereinigte Königreich ein Magnet für ausländische Direktinvestitionen (FDI), die meisten davon stammen aus EU-Mitgliedstaaten. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist oft ein zentrales Argument für Investitionen im VK. Wenn der Brexit diesen Zugang kappt, könnten die FDI-Zuflüsse, insbesondere aus der EU, merklich zurückgehen, was sich in geringeren Investitionen, einem Absinken des Kapitalstocks und negativen Auswirkungen auf Innovation und Produktivität niederschlägt. Andererseits ist die Attraktivität des europäischen Binnenmarkts auch untrennbar mit seiner Größe verbunden. 60 Mio. Menschen weniger bedeutet, dass sich internationale Unternehmen einmal öfter überlegen werden, ob sie in der EU investieren oder doch lieber gleich in einer anderen Region der Welt, mit denselben negativen Folgen.

Ähnliche Handelshindernisse könnten bald für europäische Unternehmen gelten, die in den britischen Markt exportieren. Höhere tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse gegenüber der EU würden sich in einem Rückgang des Handels zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU (EWR) niederschlagen. Diese Situation könnte im Falle eines „harten Brexits“ nur durch den Abschluss eines bilateralen Handelsabkommens gelöst werden.

Die Gefahr der Errichtung solcher Handelshindernisse zwischen GB und der EU infolge des Brexits bereitet industriAll Europe große Sorgen. Wir sind daher der festen Überzeugung, **dass das Ziel aller Seiten in den Brexit-Verhandlungen der gegenseitige zoll- und barrierefreie Zugang zu Märkten in der EU und im VK – unter Einhaltung der damit einhergehenden Pflichten – sein sollte.**

## **Anstieg von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist nicht hinnehmbar**

Eines unserer Grundprinzipien lautet, dass ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist. Dies bedeutet, dass **industriAll Europe energisch gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie gegen Vorteile oder die konfessionelle Spaltung an unseren Arbeitsstätten und in der europäischen Gesellschaft insgesamt vorgeht.**

In vielen europäischen Ländern haben rechte, nationalistische Politiker die Gesellschaft gespalten und Misstrauen geschürt. Die Brexit-Debatte war nur ein extremes Beispiel dafür; ausländische ArbeitnehmerInnen, die so viel zur Unterstützung der öffentlichen Dienstleistungen und Gemeinschaften in Großbritannien geleistet haben, wurden von den Austrittsbefürwortern pauschal angegriffen und verunglimpft.

Zuschreiben sind die Probleme, für die Einwanderung verantwortlich gemacht wurde, jedoch austeritätsbesessenen Regierungen, die die öffentlichen Dienstleistungen drastisch reduziert haben, sowie rücksichtslosen Arbeitgebern, die Bevölkerungsgruppen, die zu den schwächsten unserer Gesellschaft zählen, ausbeuten wollen.

**IndustriAll Europe wird** in Reaktion auf den Brexit, aber auch im Hinblick auf die beunruhigende Zunahme des Rechtspopulismus in Europa, **weiter an vorderster Front für Solidarität statt Spaltung eintreten**. Der Rassismus mit dem wir es in Europa zu tun haben, basiert auf Entmenschlichung. Wir als Gewerkschaften verwerfen und verurteilen diese Praxis. Wir werden die Menschenrechte immer verteidigen und schützen.

## Nein zu nationalen Egoismen – Ein guter Deal ist im Interesse aller

Alle EU-Mitgliedstaaten haben durch die stärkere Öffnung ihrer Volkswirtschaften und die Förderung von Handel und Investitionen wirtschaftlich in erheblichem Maße von ihrer EU-Mitgliedschaft profitiert. Besonders wichtig ist dies insbesondere für das verarbeitende Gewerbe, das sich durch hoch entwickelte Lieferketten, hohen FuE-Aufwand und fortschrittliche Produktionsverfahren auszeichnet.

Die Auswirkungen von „Taking back control of Britain“ (die britische Version von „Make America great again“) auf die Industriebeschäftigung werden über die Handels- und Investitionskanäle spürbar sein. Die Wiedereinführung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse wie auch die Zunahme der Unterschiede in der Regulierung werden sich negativ auf das Handelsvolumen und die Investitionen auswirken. Nichttarifäre Hemmnisse sind vor allem für die verarbeitende Industrie ein erhebliches Handelshindernis. Der Brexit ist auch ein Einschnitt, der die gesamte industrielle Lieferkette betrifft. Weniger Handel bedeutet automatisch weniger Produktion, Desinvestition, Reduzierung des Skaleneffekts, Produktivitätsrückgang, weniger Investitionen, weniger Innovation, geringere Rentabilität, Lohndruck usw.

Der britische Schatzkanzler erklärte: *„Die Schlussfolgerungen aus diesem Dokument sind klar: Keine der Alternativen kann auf gleiche Weise den Handel fördern und Einfluss auf internationaler Ebene gewährleisten wie eine weitere Mitgliedschaft in einer reformierten EU, und alle sind mit erheblichen wirtschaftlichen Kosten verbunden, die sich in den nächsten Jahrzehnten negativ auf Unternehmen, Arbeitsplätze, Lebensstandard und unsere öffentlichen Finanzen auswirken. Um es einfach auszudrücken, Familien wären wesentlich schlechter dran, wenn Großbritannien die EU verlässt.“* (HM Treasury analysis: the long-term economic impact of EU membership and the alternatives, April 2016, S. 5.)

Eine geschrumpfte EU wird von den negativen Auswirkungen nicht verschont bleiben. Der OECD zufolge wird das BIP der EU unter dem Brexit leiden. Bis 2020 wird das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Basisszenario um 1 % geringer ausfallen, was hauptsächlich auf den Rückgang der Exporte nach GB zurückzuführen ist, wobei Mitgliedstaaten mit einem Exportüberschuss gegenüber dem Vereinigten Königreich entsprechend stärker betroffen sind. Dieser Rückgang könnte durch einen dauerhaft niedrigen Pfund-Wechselkurs noch verstärkt werden.

Weitere Faktoren, die negative Auswirkungen auf die EU haben könnten, sind unter anderem:

- länger anhaltende Unsicherheit bezüglich der neuen Vereinbarungen zwischen der EU und GB könnten dazu führen, dass Investitionen und Einstellungen aufgeschoben werden;
- Erhöhung der Risikoprämien auf Finanzprodukte aufgrund von oben genannten Gründe, aber auch aufgrund der stärkeren Fragmentierung der Finanzmärkte (Bedeutungsverlust der City);
- Unterbrechung der industriellen Wertschöpfungsketten wie oben erwähnt;
- die EU ist ohne das Vereinigte Königreich ein weniger attraktiver Handelspartner und verliert in Handelsverhandlungen an politischem Gewicht;
- das Vereinigte Königreich war ein Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt, die Lücke muss durch Ausgabenkürzungen oder Beitragserhöhungen gefüllt werden;
- allgemeiner Verlust an politischer Macht auf internationaler Bühne.

Darüber hinaus könnte der Brexit das Auseinanderfallen der EU beschleunigen, da die Zweifel an der Zukunft des Binnenmarktes und des Euro zunehmen und die politischen Turbulenzen von populistischen Parteien genutzt werden könnten.

Wie groß die Auswirkungen jedoch wirklich sind, wird davon abhängen, welches Brexit-Modell zum Zug kommt. Die Option eines harten Brexit, d. h. Austritt aus der EU und Abschluss eines Freihandelsabkommens, ist definitiv das denkbar schlechteste Ergebnis für die ArbeitnehmerInnen in Großbritannien und der gesamten EU.

**IndustriAll Europe wird Druck auf die Regierung, Arbeitgeber und andere Akteure ausüben, um in den Brexit-Verhandlungen auf Folgendes zu drängen:**

- **weiterer zoll- und barrierefreier gegenseitiger Zugang zwischen EU-Binnenmarkt und Großbritannien bei voller Kompatibilität der Anforderungen (Sicherheit, Umweltschutz usw.) in Bezug auf Produkte und Verfahren, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten;**
- **Wahrung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz und Soziales sowie Wahrung der Rechte auf Unterrichtung und Anhörung für alle europäischen ArbeitnehmerInnen in der EU und in Großbritannien;**
- **wirtschaftliche Stabilität und wirtschaftliches Wachstum, um neue Investitionen in ganz Europa zu fördern.**